

# Reichsward

Der „Reichsward“ erscheint jeden Sonnabend, Besagungspreis: Inland: vierteljährlich durch die Post 2. - 12 Pf., Ausland: monatlich 3 monatlich 1. - 12 Pf., Deutschland monatlich 2 Schilling, Ausland: Vierteljahr 1 Dollar. Anzeigenpreis: für die 12 gelbteilen Zehnerzeile 15 Reichsmark, die ganze Seite 400 Reichsmark.

## Graf E. Reventlow

Bei Platzverrichtungen entspr. Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G.m.b.H., Berlin SW 68, Friedrichstr. 42, entgegen. - Fernsprecher: Dönhofs 2880. Postfach 11. Berlin SW 14. Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizulegen.

# Sie müssen wie arbeiten?

Die gegnerische Presse der verschiedenen Schattierungen fährt fort, das Ergebnis des Volkstentseids vom 9. August im Siegerton zu besprechen und weitere Siege anzukündigen. Außerdem geht sie sich, besonders was die sozialdemokratischen Zeitungen anlangt, in Drohungen und Beschimpfungen gegen die nationalsozialistische Bewegung und wird nicht müde, immer neue Argumente aufzuzählen, die beweisen sollen, wie stark und wachsend sie, die Gegner, seien, und wie innerlich schwach und dem Untergang geweiht die nationalsozialistische Bewegung sei. Wir haben niemals Gedächtnis

anderen Mächten erfolgreich angebahnt und deren Vertrauen gewonnen. Die Reparationsverträge gingen unaufhaltsam einer rettenden Revision entgegen, nie habe solches eine bisherige Regierung fertiggebracht. Im Innern führe das Kabinett Brüning, ebenfalls zum erstenmal, strenge Ordnung und Sparsamkeit durch; Preußen habe eine ausgezeichnete stetige Regierung, sein Haushalt sei ausgeglichen. Braun und Severing bildeten die unzerstörbare Mauer gegen den andringenden Bolschewismus. Alles in allem sei die deutsche Lage nur unter den jetzigen Verhältnissen zu halten, nationalsozialistische Mächte in Preußen wie im Reich würden alle diese festen Bollwerke und hoffnungsvollen Reime vernichten und eine denkbar furchtbare Katastrophe hervorrufen.

in dieser Richtung liegen Ziel und Erfolg. Das gilt, ja wir möchten es besonders unterstreichen, auch gegenüber den Arbeitereimassen. Unser immer hier vertretener Standpunkt gilt heute wie ebend, ja, mehr denn jemals: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kann, eben in ihrer Eigenschaft als Arbeiterpartei, nur siegen und in weiterer Folge ihr Endziel erreichen, wenn ihr Schwerpunkt in der Arbeitnehmerschaft Deutschlands liegt. Das weiß man auf den gegnerischen Seiten gut genug, und in der SPD wissen Leute wie Löss, daß der Kampf letzten Endes darum geht, ob die Arbeitnehmerschaft den internationalen Sozialismus als ihren Interessen entsprechend ansieht oder den deutschen Sozialismus. Dieses sind und bleiben die beiden Fronten, zwischen denen die Entscheidung einmal fällt, die Gesamtentscheidung. Wie Herr Löss seit Jahren seiner Partei immer wieder verständlich macht, daß sie sich als sozialistisch behaupten müsse, wenn sie nicht unter die Räder kommen wolle, so gilt für die nationalsozialistische Bewegung: das Vertrauen immer größerer Kreise der Arbeitnehmerschaft zu ihrem, dem deutschen Sozialismus, zu gewinnen, nicht durch Verprechungen, sondern durch Aufzeigen der Gedanken, Mittel und Ziele des deutschen Sozialismus und dessen praktische Betätigung in Parlamenten und in der Verwaltung. Für die Preußenwahlen des Jahres 1932 wird ebenfalls den Ausschlag geben, wie das Gewicht der Arbeitnehmerschaft sich politisch verteilt.

wir können ihm das Prädikat nicht ersparen, daß keine Anbiederung bei Frankreich, wenn sie aus seiner eigenen Initiative hervorgegangen ist, eine Niederlage erster Ordnung gewesen ist. Ueberdies: die Regierung eines Landes in der Lage Deutschlands darf nicht „sich einladen“, sondern hat, und hier gerade Frankreich gegenüber, eine würdige Zurückhaltung zu beobachten; auch rein politisch ist das unbedingt geboten. Ob der Kanzler auf Weisung oder Veranlassung des Vatikans den Schritt getan hat, ist heute nicht festzustellen. Wenn ja, so würde die Angelegenheit natürlich anders zu beurteilen sein. Als Tatsache beurteilt, war das Sichanbieten, war die Bitte des deutschen Reichskanzlers: er und der Außenminister möchten nach Paris eingeladen werden, ein Fehler, von welcher Seite auch immer man diesen Schritt betrachten möchte. Die Folgewohnen brachten eine Demütigung des deutschen Volkes, eine Herabsetzung des deutschen Ansehens nach der anderen. Frankreich sah seine Stunde nahen, der deutsche Reichskanzler hatte sie ihr durch seine Bitte um Einladung und seinen Wunsch nach „freierlicher Ueberwindung der Vergangenheit“ demütig und freundlich dargeboten. In der französischen Presse wurde hoch von oben herunter diskutiert, ob man der deutschen Bitte Folge geben solle. Man wolle ja, worauf die Sache hinauslaufen solle, nämlich auf Erlangung eines großen, langfristigen französischen Darlehens. Ja, man sei bereit, evtl. bereit, aber selbstverständlich nicht ohne „politische Garantien“; Deutschland habe 1914 Frankreich angegriffen, überfallen und verwüthet, moralisch anerkenne Deutschland die geltenden Verträge noch nicht rückhaltlos, auch wolle es Frankreichs Abbrüftung, Nein, Frankreichs Ziel, so war die höhnische Abfertigung, sei eine dauerhafte Freundschaft, und die sei ohne die deutschen Garantien nicht möglich. Schließlich wurde aber der Besuch gestattet, die armen Reisenden durften nach Paris fahren, die „deutsche“ Presse war außer sich vor Begeisterung über die „Herzlichkeit“ des Tones und über die „rückhaltlos beiderseitige Offenheit“ der Verhandlungen. Das Ergebnis war gleich Null, und um so mehr trat nun die Frage in den Vordergrund, ob die französische Regierung jetzt wenigstens den primitivsten Forderungen internationaler Höflichkeit entsprechen würde. Selbstverständlich war sie dementsprechend sofort eingeladen worden. Wieder ließ man von Paris aus in arroganter Weise merken, wie man garnicht daran dachte, die deutsche Regierung auch nur diplomatisch und nach den Bräuchen internationaler Höflichkeit auf gleichem Fuß zu behandeln, vielmehr Wert darauf legt, zu betonen, daß es sich lediglich um die Frage französischer Herababläuterung und Gnade handle.

### Inhalt

Wie müssen wir arbeiten? — Dr. Brüning's Frankreich-Besuchspolitik. — Eine wirkliche Schicksalsfrage. — Das Zentrum. — „Weltwirtschaft“. — Aus einem Kriegsbuch (Schluß). — Frauenarbeit am Staat.

noch irgendwelche Achtung gegenüber der Methode heabsichtender Schimpereien nach Art der homerischen Helden gehabt, und hegen solche Gefühle am allerwenigsten heute. Die Väter des „Reichsward“ wissen, daß er im Gegenteil nicht selten die Verzelle zitiert hat: „Kein kluger Kämpfer schämt den Feind gering“. Wer auf diesem Standpunkt steht, wird weder in die Lage kommen, durch irgendein Ereignis im Kampf überrascht zu werden, noch auch sich von geschwollenen Redensarten den nächsten Blick für das beiderseitige Stärkeverhältnis trüben lassen.

Man sieht, daß die durch die Zusammenbrüche des Juni und Juli in Deutschland geschaffene Lage sehr weitgehend das Ergebnis vom 9. August vorbereitet hat. Der Reichskanzler und die preußische Regierung hatten es erfaßt, auch begriffen, wie psychologisch einzusetzen sei: Dem Volkstentseid müsse jeder fernbleiben, der nicht allgemeinen Zusammenbruch, auch die Vernichtung seiner eigenen Existenz wolle. Den Arbeitern wurde gesagt, Sieg der Volkstentseidparteien bedeute Reaktion, Kapitalismus, Krieg und grenzenlose Steigerung der Arbeitslosigkeit. Man muß sich klar werden, daß alle solche und ähnliche Behauptungen gemirrt haben.

Die Frage für die Zukunft ist, ob und wie die dem Volkstentseid ferngebliebenen Massen eines Besseren belehrt werden können. Wir möchten beinahe bezweifeln, daß solches in Bereiche des Bürgertums mit Erfolg möglich sein werde, sondern glauben, daß gerade die Regierung Brüning wachsende Anziehungskraft auf das Bürgertum und was noch dazu gehört, ausüben wird. Der Reichskanzler hat sich in der Wahl seiner Schlagworte wieder sehr geschickt gezeigt; nicht minder geschickt, als in seiner parlamentarischen Taktik. Von seinen Anhängern wird Dr. Brüning als phrasenloser Vertreter einer offenen Sachlichkeit gepriesen. Wir sind anderer Ansicht. Für uns ist seine Sachlichkeit vom deutschen Standpunkt aus gesehen, eine „Sachlichkeit“ des Scheins, die aber öffentlich bisher in weiten Kreisen für echt angesehen wird. Sache der nationalsozialistischen Bewegung ist, den Kampf mit wahrhaft sachlichen Argumenten zu führen. Nur

in seiner Unterredung mit einem englischen Zeitungsmann hat Dr. Brüning gesagt, der Tiefpunkt der Krise sei noch nicht erreicht, und für den Winter sei mit einer Arbeitslosen-Ziffer von sieben Millionen zu rechnen. Das bleibt abzuwarten. Wir unsererseits lehnen ab, wie uns von den Gegnern imputiert zu werden pflegt, in einer Vergrößerung des Arbeitslosenstands die Hoffnung für die nationalsozialistische Bewegung zu sehen. So begründete Erfolge würden trügerisch und deshalb, im besten Fall, nicht von Dauer sein. Nein, die Ueberzeugungskraft der Idee des deutschen Sozialismus, das Vertrauen auf die Echtheit seiner Vertreter und deren Handlungen in jedweder Praxis bilden Ziel und Erfolgsbedingung für die nationalsozialistische Bewegung und machen ihren Boden fest und ihre Bahn klar.

## Dr. Brüning's Frankreich-Besuchspolitik

Die sozialdemokratischen Führer mimen seit dem 9. August den starken Mann. Braun, Löss, Löss usw. erklären, nun müsse man „zum Angriff übergehen“, um den geschlagenen Feind zu vernichten. Andere, der Generalalkoholiker des sogenannten Reichsbanners, Hörsing, der SPD-Abgeordnete Künstler und andere erklärten in drohendem Ton: Man müsse sich endlich einmal überlegen, daß es Zeit sei, Adolf Hitler aus Deutschland auszuweisen. Dieser Gedanke wird offenbar planmäßig durch die sozialdemokratischen Führer und Zeitungen in die Öffentlichkeit gebracht, um Stimmung für einen solchen Gewaltakt zu machen. Die großen Töne verfolgen nicht zum wenigsten den Zweck, die gesunkene Stimmung in den eigenen Reihen wieder zu heben; außerdem möchte man in der Tat so gewaltiam wie möglich gegen die NSDAP vorgehen und andere Parteien für solche Methoden gewinnen, alles, bevor die Preußenwahlen kommen. Bis dahin, einerseits durch Gewaltmaßnahmen eine günstigere Wahlposition zu gewinnen, andererseits, indem man der nationalsozialistischen Bewegung den Wind aus den Segeln nimmt. Diese letztere Methode vertritt in erster Linie der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löss, bildet in der Tat das Hauptziel der Sozialdemokratie und ihrer Freunde für den kommenden Herbst und Winter, etwa auf den beiden gleichlaufenden Linien: Die Nationalsozialisten sind die Herzscher der Ordnung, die Vorbereiter des Chaos, eines allgemeinen gänzlichen Zusammenbruchs, die Herzscher deutscher Beziehungen zu den Ausländern, und vor allem, sie können dem Volke nichts bieten als hohle Worte, sie haben nichts Positives in ihrer Grundlage und ihren Zielen für Politik und Wirtschaft.

Es ist zwar in diesem Falle nicht „der Fluch der bösen Tat, der fortwährend Böses muß gebären“, wohl aber der Fluch eines schwachen diplomatischen Anfangslehlers, daß wochenlang hoffend und jagend darüber hin- und hergeschriebene wurde, wann und ob der französische Ministerpräsident und Außenminister Berlin besuchen würden. Solche Erörterung hat, zu höflich ausgedrückt, nicht eben zum Ruhme des Deutschen Reichs und zur Erhöhung seines und seiner Regierung Ansehen beigetragen. Das letztere würde uns, wie man uns glauben wird, an und für sich nicht eben erschüttern, es besteht nun einmal aber der bedauerliche, aber unabänderliche Zusammenhang, daß das Ansehen der jeweiligen Regierung im Auslande mit dem Vorteil oder Nachteil für das deutsche Volk unaufschieblich verknüpft ist. Man spricht in solchen Fällen mit unergündlichem Rückblick von Schicksal, während durchweg die Sache so liegt, daß die Regierung den Fehler macht und das deutsche Volk dessen Folgen zu tragen hat.

eine Einladung nach Paris. War das würdig, war das klug, war das psychologisch richtig? Im „Reichsward“ wurde dieser sonderbare Akt gleich als ein Fehler bezeichnet: nach Chequers waren Kanzler und Außenminister eingeladen gewesen. Man hatte sie dort höflich mit selbstverständlicher Gastlichkeit aufgenommen, und die Unterhaltungen waren „überaus herzlich“ gewesen. Es scheint beinahe, als ob der deutsche Reichskanzler durch die gute Behandlung — wenn ein Deutscher von heute gut behandelt wird, verliert er in geschmeicheltstem Entzücken die Fassung — in eine überschwengliche Stimmung des „leid umschlungenen Millionen, diesen Ruf der ganzen Welt“ gekommen ist, und ihm gleichzeitig ein böser, zum mindesten ein unbegabter Genius zusüßerte, er werde einen genialen staatsmännischen Schachzug tun, wenn er sofort und öffentlich verkündigte: in Chequers war es so reizend, daß wir die französische Regierung bitten, uns einzuladen, mit uns auf diesem angenehmen Wege zu verhandeln und uns zu gestatten, „das Vergangene leicht zu überwinden“. Der Herr Reichskanzler Dr. Brüning ist sicher sehr klug in vielen Dingen, auch innerpolitisch, ein sehr guter Sattler, aber

Rebenher ging in Deutschland die landesverräterische Propaganda der Presse und anderer „Vertreter“, welche deutsch-französische Verständigung um jeden Preis wollen und zu diesem Zweck die breite deutsche Öffentlichkeit mit allen Mitteln über den wahren Stand der Dinge zu täuschen versuchen. Der französische Ministerpräsident und der große „Vilger des Friedens“, der verehrungswürdige Europäer und Freund Deutschlands, der Außenminister Briand, in Berlin! Seit Menschenaltern war ein solcher Besuch nicht dagewesen, also wozu ein epochenmachendes Ereignis, wozu ein glänzender Erfolg der Verständigungspolitik, wenn die beiden nach Berlin kämen! Oh, sie würden eine glänzende herzliche „Herzlichkeit“ und „rückhaltlos“ finden die Abreise des Tages — Aufnahme finden. Sogar das Reichsbanner werde dafür sorgen. Die Kundgebungen für deutsch-franzö-

### Zur Gesichtsbearbeitung

aber auch zur Beseitigung des ganzen Körpers bei Sommer-Adren verordnet man die regelmäßige u. lächelnde Creme de Vedor - fettfrei in roter Packung, fetthaltig in blauer Packung, Tube 60 Pf. u. 1 Mt. Wirksam unterstützt durch Vedor-Extrakt 60 Pf. Zu haben in all. Chloroform-Verkaufsstellen.

l

zöfische Verständigung und Freundschaft jagten sich, und die schüchternen Stimmung stieg auf den Gipfel, als die Judenpresse zu berichten wußte, nicht lange nach Mitte August würden die beiden französischen Minister in Berlin eintreffen. Die Unwürdigkeit dieser Vorgänge braucht nur im Vorbeigehen betont zu werden, denn sie ist ja, so oder so, ein dauernder Zustand in Deutschland, der sich, je nachdem mehr oder weniger ausdrücklich äußert. Es ist tatsächlich nicht übertrieben, daß die gesamte Linke die „Verständigung“ um jeden Preis erreichen will, und das „Ostlocomo“ wird in aller Schamlosigkeit und Frechheit verlangt. In die Festimmung hinein trat nun plötzlich die Nachricht von der Erkrankung Briands: es sei doch sehr zweifelhaft, ob wegen dieser Erkrankung der französische Besuch noch vor der Genfer Ratstagung erfolgen könne. Laval wollte ohne seinen väterlichen Freund Briand nicht fahren, und der gute Briand doch sich so sehr auf Berlin gestreut; es würde doch gerade für die Deutschen nicht erträglich sein, ihn, den großen Freund, um die Freude gebracht zu sehen. In dieser plumpen widerlichen Weise wurde Michel von „seiner“ Presse mit verlogenen Worten betrogen. Wir lassen nun in diesem Augenblick dahingestellt, ob die Krankheit Briands tatsächlich vorhanden ist. Nimmt man es aber selbst an, so war das keineswegs ein triftiger Grund zur Verschiebung des Besuchs ins Unbestimmte. Laval hätte ebensogut den künftigen französischen Botschafter für Berlin mitnehmen können oder einen anderen Diplomaten, um so eher, als ja auf beiden Seiten feststand, daß der französische Besuch sicher seine weittragenden politischen oder wirtschaftlichen Abmachungen bringen würde. Außerdem hat Laval in Paris und London selbständig die Verhandlungen und Besprechungen geleitet. Für die Art des Auftretens des französischen Ministerpräsidenten in Berlin war es allerdings von Wichtigkeit, daß man den Besuch verschob, bis das Haager Gericht über die deutsch-österreichische Zollunion entschieden, und bis die Völkervereinigung stattgefunden und wie die deutsche Krise sich weiter entwickelt. Dieses sind natürlich die eigentlichen Gründe für die Verschiebung des Besuchs, von der man nicht weiß, ob sie nicht eine solche für

ganz unbestimmte Zeit oder auf immer fern wird. Die Verlogenheit der Gegner des Volkenscheids wird hiermit übrigens hübsch beleuchtet. Die einschlägige Presse wurde nicht müde, zu rufen: vom Ausfall des Volkenscheids würde abhängen, ob die französischen Minister nach Berlin kämen oder nicht, ob aus der unbedingt notwendigen Verständigung mit Frankreich etwas würde oder nicht. Das Volkenscheidunternehmen ist gescheitert, aber im Verhalten Frankreichs hat sich auch nicht das geringste geändert. Das vorhergegangene, von der französischen Presse geleitete Manöver zur Beeinflussung des hochgebildeten Michels gleicht auf ein Haar einer langen Reihe von Vorgängen seit dem Jahre 1920. Stets hieß es: wenn die Deutschen jetzt „guten Willen zeigen“, so wird Frankreich dem Deutschen Reich gegenüber ganz anders, freundschaftlich und entgegenkommend, auftreten. Regelmäßig wurde dann auch den unverdächtigsten Forderungen nachgegeben, und alles blieb wie vorher, die französische Erpressungstaktik wurde fortgesetzt. So ist es auch heute.

Dieses ist bis jetzt die noch nicht beendete Geschichte der freundschaftlichen deutsch-französischen „Besuche“. Sie bedeutet neben der Unrühmlichkeit der Begleitumstände einen schweren politischen Mißerfolg, gegründet auf einen unbegreiflich naiven diplomatischen Ansetzfehler, der dem Reichskanzler zur Last fällt. Nichts ist bezeichnender, als daß in Deutschland auch in diesem Augenblick, da die Franzosen sagen: möglicherweise werden wir kommen, aber wir wissen nicht wann, keine deutsche Stimme laut geworden ist, um diesen unglaublichen Herangang als das zu bezeichnen, was er bedeutet. Wieder ist es, wie zu Stressemanns Zeiten, daß das Ausland preist und lobt in höchsten Tönen den Träger der deutschen Außenpolitik, wenn er weittragende Fehler begeht, und der größte Teil der Deutschen und ihrer „öffentlichen Meinung“ ist entweder stolz auf diese ausländische Anerkennung oder er wagt zum mindesten nicht eine eigene Meinung, und wenn er zwinglich die Fehler der Regierung ausbaden muß. — Der Reichskanzler macht gern in „Seele“. Er sollte die Befähigung dieser Regierung lieber auf seine Partei beschränken. Die Sache Deutschlands würde dann besser stehen!

Schuldige hervor und betont sie als maßgebend für die französische Auffassung und Politik, ausgerechnet während der Periode der „herzlichen und rüchhaltigen“ Meinungs- und Tausche zwischen Berlin und Paris. Ein Berliner Verständigungsprophet würde hieraufhin sagen: solche Äußerungen seien zwar bedauerlich, aber doch nur als Ergebnis der „Giegerphosphore“, als Entgleisung zu werten. Das ist immer die letzte Ausflucht. Wir wollen dagegen als Tatsache feststellen, daß es sich mit solchen Äußerungen des Ministers Flamin und vor wenigen Wochen des Kriegsministers Maginot nicht um Entgleisungen und Temperamentsausbrüche handelt, sondern um planmäßige Feststellungen der französischen Politik, gerade in solchen Augenblicken wie der jetzige. Die angeführten Sätze Flamin sind, es sei wiederholt, in diesem Augenblick gerade, von größter Tragweite. Während Laval programmäßig „herzliche“ Worte redet und telephoniert, erklären Maginot und Flamin ebenso programmäßig, daß Deutschland als am Kriege schuldiges Volk kein Recht habe, im Punkte Rüstungen mit den anderen Mächten auf gleichen Fuß gestellt zu werden; daß Deutschland als am Kriege schuldig „Reparationen“ zahlen müsse, ganz einerlei, ob die Kriegsschulden Frankreichs und seiner ehemaligen Bundesgenossen gestrichen würden oder nicht; dazu kommt die ungewöhnlich freche Lüge: die zerstörten Gebiete hätten noch nicht wiederhergestellt werden können. Bekanntlich laufen die Reparationszahlungen gemäß dem Youngplan noch rund zwei Menschenalter

hindurch, Frankreich will mithin und bis das so ganz offen aus, Deutschland unter allen Umständen systematisch zugrunde richten und zum französischen Sklaven machen. Die Verantwortung, die auf der jetzigen Regierung liegt, ist also eine ungeheure, auch wäre es ihre selbstverständliche Pflicht, der deutschen Bevölkerung über die Lage klaren Wein einzuschütten, und wenn sie ihre Zeitungen von den Unterhaltungen mit Laval und Briand schwärmen läßt, so hätte sie um so mehr die Pflicht, Reden, wie die genannten französischen Minister nicht nur in kurzem Auszuge wiederzugeben, sondern sich ausführlich und sachlich mit ihnen zu beschäftigen und ihre Bedeutung hervorzuheben. Herr Dr. Brüning, der Seelenvolle, erklärt ungefahr seit seinem Amtsantritt, die Politik seines Kabinetts sei eine Politik der Wahrheit und besonders gegen Illusionsbildung gerichtet. Wir haben diese Erklärungen nach der unerhörten Illusionspropaganda der vorangegangenen Kabinette mit erkranktem Interesse begrüßt und glauben deshalb uns heute die Frage erlauben zu dürfen; weshalb werden jene Brüning'schen Versprechungen gerade in diesem geschichtlichen Augenblick nicht erfüllt, wo es um die deutsch-französische Verständigung und darum geht, wohin der deutsche Weg führen soll: ob in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich, oder durch Selbsthilfe und außenpolitische Unabhängigkeit zu einer, mag sie noch so schwer erkämpft werden müssen, deutschen Freiheit.

## Das Zentrum

Die gesamte deutsche Reichspolitik, wie sie seit nunmehr 12 Jahren mit unentwegtem Verständigungswillen geführt wird, steht und fällt heute mit der Orientierung des Zentrums.

Es ist mehr als Taktik und Methode des ultramontanen Zentrums, sich an der entscheidenden Wegkreuzung des öffentlichen Lebens des deutschen Volkes zu postieren, um je nach dem stets durch die seelischen Emotionen des Volkes hervorgerufenen staatspolitischen Kurs des deutschen Staates die Führung und Leitung der im öffentlichen Leben sich äußernden staatlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Erbekräfte des Volkes in die Hand zu bekommen. In den 12 Jahren neubürgerlicher Staatsführung hat das Zentrum es mit der ihm innewohnenden psychologischen Feinernigkeit verstanden, den alten Bundesgenossen aus der Revolutionszeit, die Sozialdemokratie, so weit zurückzudrängen, ihn gewissermaßen insoweit mit dem Ressort Preußen zu betrauen, solange es nicht fest die Reichspolitik in der Hand hatte. Dort in Preußen durfte Herr Braun und Herr Seevering schalten und walten, wie es ihnen beliebte; Herr Heß vom preußischen Zentrum hielt ihnen den Steigbügel, und Braun dankte wiederum dafür, indem er in Preußen durch Konfordat und weitestgehendes Entgegenkommen auf kulturellem Gebiete und in katholischen Siedlungsangelegenheiten Zugeständnisse machte, im Reich aber die Politik des Herrn Brüning durch Dick und Dünn unterstügte.

Nur so wird der scheinbar unverständliche Schritt der drei preußischen Zentrumsminister seines Widerspruchs entkleidet, daß das Zentrum sich der Rundgebung der preußischen Staatsregierung gegen den preußischen Volkenscheid widerprüchlos anschloß, die sich gerade gegen die Parteien richtete, die dem Reichskanzler Brüning im Reich die parlamentarische Basis seiner Regierungspolitik gewähren. Das Zentrum, das sich nach dem Volkenscheid am Mittwoch, d. 12. 8. nachmittags zu einer Führertagung zusammenfand, an der die gesamte Führerprominenz, sämtliche katholischen Reichsminister und Preußenminister mit dem Parteivorstand, teilnahmen, hat eine im Sinne der hier niedergelegten Gedankengänge sehr bezeichnende parteiamtliche Mitteilung herausgegeben, deren wesentlichster Satz lautet, als einmütige Überzeugung aller sei festgestellt worden, „daß für die wirksame Durchführung der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit sowohl bei den verantwortlichen Instanzen der Partei wie bei ihren Vertretern in den beiden Kabinetten nach jeder Richtung hin gewahrt wird“ (Germania Nr. 188).

„Sachliche und methodische Handlungseinheit“, das ist das Entscheidende! Divide et impera! ist, solange es einen politischen Katholizismus gibt — und welcher Katholizismus wird, wenn man das typische Beispiel des Kampfes Mussolinis gegen den Vatikan betrachtet, nicht in der Konsequenz immer politisch! —, die Devise der römischen Kirche und ihrer politischen Organisationen, Parlamentsparteien usw. gewesen. Mag sein, daß etwas zu viel von dem Not der Sozialdemokratie auf die preußischen Zentrumsminister und Herrn Heß abgefärbt hat, daß Herr Heß schon reichlich weit bis an die Grenze einer legitimen Ehe mit der SPD. gegangen ist; die Führertagung hat jedenfalls allen Zentrumskorpsen wieder mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß die „sachliche und methodische Handlungseinheit“ das Wesentliche und Entscheidende für die unbedingte Geschlossenheit des Zentrums ist, um die Erfolge der ultramontanen Politik in Deutschland zu garantieren. Prälat Dr. Kaas, der autorisierte Hüter römischer Weltmachtinteressen in Deutschland, lätete nicht

umsonst die Tagung; Brüning brachte die unmittelbaren Direktiven vom Papst aus Rom mit. Deshalb kommt dieser Zusammenhang der Zentrumsführer eine ganz besondere Bedeutung zu. Innere Ursache der absoluten Klärung der Marzroute des Getrenntmarschierens und Vereintschlagens nach den Richtlinien, die der Papst Herrn Dr. Brüning nach dessen Bericht über die innerdeutschen Verhältnisse in Rom gegeben hat, und die äußere Veranlassung, nach dem Getrenntmarschieren anlässlich des preußischen Volkenscheides die Homogenität des Vereintschlagens wieder herzustellen und voll zum Bewußtsein aller Beteiligten zu bringen, decken sich aufs genaueste.

Der Satz der parteioffiziellen Mitteilung über die Führertagung: „Gewissen Preisrückstellungen gegenüber bedurft er (Der Vorhand), daß die Leitung der preußischen Zentrumstraktion die Politik des Reichskanzlers stetige und wertvollste Unterstützung hat zuteil werden lassen“, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bei der unbedingten inneren Geschlossenheit der gesamten Zentrumspartei ist man beim Lesen dieses Satzes versucht, zu fragen: War die scheinbar doppelseitige Haltung des Zentrums in Preußen gegen die den Zentrumsminister im Reich unterstützenden Parlamentsparteien etwa nichts als ein Manöver, ein abgefartetes Spiel mit wohl verteilten Rollen? Würde der Reichskanzler Brüning davon?

„Stetige und wertvollste Unterstützung der Politik des Reichskanzlers“ wird dem preußischen Zentrum von der gesamten Zentrumsprominenz als Zeugnis ausgestellt! Das gibt zu denken!

Wir können daher der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht beipflichten, wenn sie das Kommunique dahin kommentiert: „Es ergibt sich also, daß zwar die preußischen Zentrumsminister wegen ihrer politisch unklugen Haltung einer sehr deutlichen Verweis erhalten haben!“

Divide et impera! Das ist die Parole des politischen Katholizismus! Auch des Zentrums!

Mit keinem Wort wird in der offiziellen Mitteilung über die Führertagung etwas von dem nächsten Aktionsprogramm des Zentrums gesagt. Uns, die wir aus historischer Kenntnis schöpfend die politische Psyche des römischen Katholizismus in seiner weltpolitischen wie auch innerdeutschen Auswirkung mit steter Aufmerksamkeit verfolgen, nimmt es durchaus nicht Wunder, daß sich im gegenwärtig kritischsten Stadium der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der zwölfjährigen deutschen Republik das Zentrum nicht festlegen kann — es würde sich selbst aufgeben! Das Zentrum fühlt und weiß, daß es heute an der Wegkreuzung des deutschen Schicksals steht, daß ein einziger Fehltritt genügt, um das Spiel um das deutsche Volk vielleicht für immer zu verlieren. Täglich sucht es durch die ungeheure deutsche Krise zwischen Rechts und Links den Weg nach unumschränkter Alleinherrschaft über das deutsche Volk; denn der römische Katholizismus weiß so gut wie wir: Wer das deutsche Volk hat, verbeherrscht die Welt!

Unmittelbar nach dem Volkenscheid, über dessen negatives Ergebnis trotz aller Sie-

## Eine wirkliche Schicksalsfrage

Ihre große Bedeutung erhält die Geschichte des Besuchs erst durch den Hintergrund, auf dem sie sich abspielt:

Den französischen Bemühungen ist es gelungen, zu erreichen, daß das auf der Londoner Sachverständigenkonferenz nunmehr endgültig festgesetzte Ergebnis des Hoovervorschlages das folgende ist: Deutschland bezahlt weiter die Zinsen der Dawesanleihe und der Younganleihe im Betrage von 140 Millionen Mark jährlich, es bezahlt amerikanische Ansprüche in Höhe von 40 Millionen jährlich und dann noch 20 Millionen jährlich in Verfolg des sogenannten Markabkommens mit Belgien gelegentlich der Festsetzung des Youngplans. Während des sogenannten Jahres wird Deutschland nominell um anderthalb Milliarden Mark der Tributzahlungen entlastet. Die Zahlung dieses Betrages wird bis zum 1. Juli 1933 zinslos aufgeschoben und von da an in zehn Jahreszahlungen mit drei Prozent Zinsen jährlich zurückgezahlt. Das bedeutet eine jährliche Belastung von ungefähr 50 Millionen Mark. Auch hinsichtlich der Eisenbahnobligationen als Garantie für die 600 Millionen des ungeschuldeten Teils der Jahreszahlungen hat Deutschland Rückzahlung in zehn Raten mit drei Prozent Zinsen zu machen.

Der vom Präsidenten Hoover im Auge gehabte Zweck, Deutschland nicht allein für ein Jahr zu entlasten, sondern ihm auch in der Folge wirtschaftliche Erholungsmöglichkeit zu geben, ist also durch die französische Politik, die sich hier mit der Morgan-Bank vereinigt hatte, vernichtet worden. Der Hooverplan in seiner ursprünglichen Form und Absicht bedeutete eine Durchkreuzung der Hauptlinie der Deutschlandpolitik Frankreichs: Deutschland finanziell völlig zu ruinieren, soweit herunterzubringen und zu brechen, bis es sich ganz und dauernd Frankreich unterwirft, alle ihm gestellten Bedingungen annimmt, auf jede Eigenpolitik im Inneren und nach außen verzichtet und damit folgerichtig auch den durch das Versailler Diktat geschaffenen Zustand rückhaltlos anerkennt, keinerlei Versuche mehr macht, auch nicht plant, den Bestand irgendwelcher anderer Mächte für eine Revision der Verträge zu gewinnen. Wir wissen nicht, wie weit hinter den diplomatischen Kulissen davon gesprochen wird, aber es ist klar und außerhalb allen Zweifels, daß Frankreich alles aufbieten wird, um Deutschland allein auf sich, Frankreich, anzuweisen, und dann dauernd an der Leine, unter Aufsicht und seiner unmittelbaren Führung zu halten. Die Vorarbeit hierzu ist, den Vertretern des Kabinetts Brüning, unter der Begleitmusik von finanzpolitischen Angriffen gegen Deutschland, darzustellen, daß andere Verbindungen, so mit den angestrebten Mächten, Deutschland nichts helfen würden, daß es schließlich doch zu Grunde gehen müsse, wenn Frankreich ihm nicht als Retter zu Hilfe käme. Die Herren Laval usw. dürften auch nicht vergessen, darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt Deutschland für ein Zusammengehen mit Frankreich viel günstigere Bedingungen erhalten werde, als wenn es sich zunächst um Verbindung mit

den anderen Mächten bemühe und dann nach erfolglosen Versuchen sich schließlich doch an Frankreich wenden müsse. Die französische Politik verbirgt heute kaum mehr, daß sie hinsichtlich Deutschlands aufs Ganze gehen will, und der Überzeugung ist, daß der Augenblick naht, da sie den großen Schlag machen könne. Wir befinden uns also in einer Periode, die ebenso — vielleicht noch mehr — entscheidend ist, wie die im Jahre 1919, als es sich um die Frage handelte, ob das Diktat von Versailles zu unterzeichnen sei oder nicht. Ja, man möchte sagen, daß heute die Tragweite noch größer sei, denn jetzt handelt es sich darum, ob Deutschland sich mit dem durch Versailles geschaffenen Zustande abfinden und jeden Gedanken an Unabhängigkeit nach außen und Autonomie im Inneren aufgeben will, ob die Freiheit als eine Utopie albernere Schwärmer belächelt werden soll oder nicht. Die Machtfaktoren in Deutschland, die hierauf hindrängen, sind sehr groß. Sie einschließen die sogenannte Bankwelt, einen erheblichen Teil der Industrie, die Sozialdemokratie, die Demokratie und innerhalb der Mittelparteien Kräfte, die nicht zu unterschätzen sind; noch vor kurzer Zeit schrieb ein süddeutsches Zentrumblatt, man müsse nun einmal die französische Europahegemonie einfach anerkennen, in allen ihren Konsequenzen. Kaum nötig zu erwähnen, daß die gesamte Judenchaft auf das ernstliche im gleichen Sinne tätig ist. Ihr erscheint kein Zustand zu hoch, darüber soll man sich durch kein Hin- und Hergeschwafel täuschen lassen. Alle diese Elemente arbeiten nicht nur in Deutschland, sondern in enger Verbindung mit Frankreich. Dem Durchschnittsdeutschen soll die angebliche Notwendigkeit durch Schlagworte klar gemacht werden, wie: nur so kann der Friede erhalten, nur so Deutschland wirtschaftlich gerettet werden: alles „sehr bedauerlich“, aber es gehe eben einmal nicht anders!

Eine charakteristische Stichprobe der letzten Wochen: die französische Presse einschließlicher ihrer offiziellen Blätter erklärt: Frankreich wisse sehr wohl, daß in den Vereinigten Staaten und in gewissen anderen Ländern die Absicht bestünde, einen allgemeinen Erlaß der Kriegsschulden zu verwirklichen und damit die Einstellung aller deutschen Tributzahlungen zu verbinden. Natürlich habe Frankreich nichts gegen einen Erlaß der Schulden, aber es denke nicht daran, deshalb auf seinen Nettobetrag der ihm von Deutschland zustehenden Reparationszahlungen zu verzichten. Der französische Finanzminister Flamin drückte sich hierzu weiter ganz klar aus: der französische Anteil an den Reparationen bedeute nicht einmal die Zerstörung, die durch den Krieg, und zwar durch einen systematischen gewissen Vernichtungswillen hervorgerufen worden sei. Niemand in Frankreich denke daher auch nur daran, daß die französische Regierung auf ein Recht (!) verzichten könne, das nicht allein im Versailler Vertrage verbrieft sei, sondern auch „den Willen der Gerechtigkeit“ zum Ausdruck bringe. — Damit hebt der französische Finanzminister, der in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten Laval steht, die

## Gegen üblen Mundgeruch

Ich will nicht verschämen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihres Zahnpastes, „Chlorodont“ nicht nur eine weiße Zähne bester, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre Chlorodont zum besten empfehlen.“ gez. E. G. S. J. 1922. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf. und weiße jeden Erlaß dafür zurück.

geklaffenen der sogenannten regierungstreuen Presse Herr Braun nicht recht wohl werden kann, da die parlamentarische Basis für Herrn Braun in Preußen verloren ist, hat der preussische Ministerpräsident im „Vorwärts“ dem Reich eine Verwaltungsgemeinschaft der drei preussischen Ministerien der Justiz, Landwirtschaft und des Verkehrs mit den gleichnamigen Ministerien in der Weile an, daß den genannten preussischen Ministerien die Wahrnehmung der Aufgaben der entsprechenden Reichsministerien anvertraut würde. „Ohne jede Spur von Partikularismus und Eigenliebe“, wie Herr Braun sich ausdrückt! Indes ist offensichtlich, daß die Sozialdemokratie mit der Verwirklichung dieses Planes nicht nur ihre Macht in Preußen damit stabilisieren will, sondern sie über Herrn Brüning hinweg auch auf das Reich ausdehnen möchte. Herr Braun legt Herrn Brüning zugleich die Gegenrechnung für geleistete Dienste beim Volkseinsatz vor!

Brüning ist anderer Meinung: Verwaltungsreform als Vorbereitung einer allgemeinen Reichsreform muß kommen, um die ungeheure Belastung sämtlicher Budgets und der gesamten deutschen Volkswirtschaft schnellstens zu beheben, wenn das System nicht durch diesen Valast in den Abgrund gezogen werden will. Aber Brüning will den entgegengelegten Weg! Gewiß Angleichung der genannten Preußen- und Reichsministerien, aber nicht durch eine Personalunion und dann Übernahme des Amtes des preussischen Ministerpräsidenten durch den Reichszkanzler Brüning! Während die Sozialdemokratie in Preußen die Hand aufs Reich legen möchte, erstrebt das katholische Zentrum von sich aus die Besitzergreifung Preußens!

Braun gegen Brüning und Brüning gegen Braun!

Braun ist bereit, zur Durchführung seines Planes eventuell zum Volkseinsatz zu greifen. Aber schon werden energische Widersprüche laut: In der Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates am Donnerstag, d. 13. 8. protestierte der Vertreter Bayerns lebhaft gegen jeden Versuch, durch Verwaltungsreformen eine Reichsreform vorzubereiten, die die Eigenstaatlichkeit der Länder antastete. Nach der Sitzung besprachen sich die Vertreter Sachsens und Bayerns vertraulich, ohne daß die Öffentlichkeit vom Inhalt der Unterhaltungen etwas erfährt. Und am gleichen Tage nahm das Organ der bairischen Volkspartei, der „Bairische Kurier“, auf's schärfste Stellung gegen den „Beginn der Wiederherstellung jener „Antonen“ zwischen Reich und Preußen, die durch die Weimarer Verfassung bewußt und in klarer Erkenntnis der Tragweite vollkommen und ausnahmslos durchschnitten worden sind.“ Die Beseitigung dieser „Bismarckschen Antonen“ zwischen Reich und Preußen sei einer der tragenden Grundpfeiler der in Weimar gefundenen politischen Verständigung.

Der „Bairische Kurier“ wendet sich offensichtlich gegen die von Ministerpräsident Braun propagierte Lösung. Ob das bairische Zentrum in gleicher Weise den Brüning'schen Gegenplan bekämpfen wird? „Eine solche Gesamtlösung ist aber nur auf dem Wege gütlicher Verständigung möglich“, schreibt das genannte bairische Zentrumblatt. Hier liegen Andeutungen, die Brüning zustatten kommen könnten.

Der Besitz Preußens ist der Besitz der Macht im Reich! Wenn der römische Katholizismus über Brüning's Plan die Macht im Reich in die Hände bekommen kann, dann wird schließlich auch der bairische Separatismus schweigen müssen und können.

Fraglich nur, ob das Zentrum diesen Plan ohne Bundesgenossen gegen die preussische Sozialdemokratie wird durchsetzen können. Ein Bundesgenosse scheint sich ihm anbieten zu wollen: der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg! Der Reichspräsident von Hindenburg ist bereit, zwischen Hugenberg und Brüning zu vermitteln. Brüning kam Hugenberg auf halbem Wege entgegen, als er in seiner Verfassungsrede im Reichstag am 11. 8. von der Zusammenfassung „aller aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte“ sprach.

Wir sind stets der Überzeugung gewesen, daß der nur reaktionäre Konservatismus der Dr. Hugenberg schon aus ideologischen Gründen der beste Bundesgenosse des römischen Katholizismus ist. Herr Hugenberg muß selbst wissen, ob er durch die Verknüpfung der Interessen seiner Partei mit dem stärkeren Zentrum unter Schlagworten wie „Volksgemeinschaft“ und „Burgfrieden“ seine eigene Partei ruinieren will, oder ob er seine Machtwortinsprüche zurückhalten und läßt und geduldig den unentrichtbaren Zusammenbruch der jetzigen Reichspolitik und mit ihr des Zentrums abwarten will. Er kann dem Kabinett Brüning das Leben evtl. verlängern helfen, sich selbst aber dann um so sicherer mit in den Abgrund stürzen.

Im Augenblick allerdings scheint es so, als ob die beiden Geschwister nicht zueinander kommen könnten, weil die Sozialdemokratie ihr absolutes Veto einlegt. Der Export für die auswärtige Verräterpolitik der SPD, Herr Breitscheid, hat im „Vorwärts“ drohend den Finger erhoben. Wie Herr Braun, so präsentiert Herr Breitscheid dem Kanzler Brüning die Gegenrechnung für geleistete Dienste beim Volkseinsatz: „Die Sozialdemokratie darf verlangen, daß sie Gewißheit darüber erhält, ob Herr Brüning aus dem Ergebnis des preussischen Volkseinsatzes die Schlussfolgerungen zu ziehen gedenkt, die ihm nachfolgt werden, denn es wäre, gelinde gesagt, schon sehr merkwürdig, wenn der haterfüllte Feldzug des Herrn Hugenberg gegen die Preussische Regierung

am Tage nach seinem Fiasko mit der Hinzuziehung eben dieses Herrn Hugenberg zur politischen Mitarbeit im Reich belohnt werden sollte. „In ultimativer Form fährt dann Breitscheid fort:“

„Aber die verantwortlichen Stellen müssen sich darüber klar sein, daß sie mit der Verwirklichung eines solchen Programms die Verwirklichung der Sozialdemokratie aufs Spiel setzen würden. Der innerpolitische Kampf wäre nicht beieigelt, der Burgfrieden, den die Zentrumspresse fordert, wäre nicht hergestellt, sondern es hätte sich nur die Front verschoben, und die Arbeiterchaft, die sich die außen- und innenpolitische Reaktion nicht gefallen ließe, wäre in eine Opposition gedrängt, die von der Regierung und dem Lande zweifellos sehr viel schwerer ertragen werden könnte, als die sogenannte nationale Opposition der Hugenbergleute. In diesem Fall würde übrigens, um das nebenbei zu erwähnen, auch die Reform des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, von dem jetzt ebenfalls so viel gesprochen wird, in einem ganz anderen Lichte erscheinen, und bei aller grundsätzlichen Geneigtheit zu einer Vereinheitlichung der Verwaltung müßte die Sozialdemokratie es ablehnen, ihre Hand zu einer Verringerung der Rechte Preußens zugunsten eines von den deutschnationalen mitbeherrschten Reiches zu bieten.“

So sieht das Zentrum heute eingekleidet zwischen deutschnationalen und Sozialdemokraten. Was es aus taktischen und methodischen Gründen tun möchte, darf es nicht, weil die SPD es ihr verwehrt, und was es tun muß, sich weiter an die SPD zu halten, führt unentrinnbar in den Abgrund!

„Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ kommentieren äußerst liebevoll Breitscheid's Ultimatum. Zu einer Evidenzfrage eines Konzentrationskabinetts nach rechts oder links bemerkt das „Berliner Tageblatt“ mit lapidarer Kürze: „Wenn ein Konzentrationskabinett gedacht wird — und das scheint allerdings der Fall zu sein — so liegt die Erweiterung nach links weit näher.“ Und mit einem Hinweis auf die durch die projektierte Verwaltungsreform einzuleitende Reichsreform

kommt das gleiche Blatt zu dem Ergebnis: „Eine vorläufige Reichsreform durch Staatsverträge zwischen Preußen und dem Reich müßte dazu eine Fundierung des sozialdemokratischen Einflusses im Reich als Selbstverständlichkeit mit sich bringen.“

Das aber will und muß Brüning, der Sachwalter des römischen Katholizismus in Deutschland auf jeden Fall verhindern.

Brüning und mit ihm das Zentrum sind festgefahren. Es nützt nichts mehr, wenn das „Berliner Tageblatt“ zu einem „Feldzug zur Befestigung des allgemeinen Staatsgefühls“ aufruft. Das Staatsgefühl für die Weimarer Republik ist im deutschen Volke schon längst nicht mehr vorhanden. Was dem Zentrum übrig bleibt, ist die „Berühmte“ zu stabilisieren“. Das aber ist nur der beschönigende Ausdruck für eine bereits festgefahrene Situation.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird sich diese innerpolitische Situation merken. Wir stimmen durchaus nicht mit der Mahnung der deutschnationalen Freie an das Zentrum überein, sich von der Gemeinschaft mit der SPD, endlich frei zu machen und das Steuer nach rechts herumzuwerfen. Wir werten das Zentrum weniger als eine deutsche Parlamentspartei, sondern als die Hüterin der Weltmachtinteressen des römischen Katholizismus. Wir wissen, daß das Zentrum, auch wenn es die Wendung nach rechts vornehmen sollte, dies nur um der besseren Verfolgung eben dieser Ziele unter veränderten innerdeutschen Verhältnisse tut. Deshalb wünschen wir dem Zentrum weiter den Zwang der Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie und damit seine eigene Zertrümmerung.

Aber auch im letzteren Falle werden wir wachsamem Auge beobachten, daß sich nicht das Beispiel, das die katholische Partei der Popolari in Italien gegeben hat, in Deutschland wiederholt, nämlich daß die zertrümmerte politische Vertretung des römischen Katholizismus sich in einer neuen Form in einem neuerrichteten völkischen Staatswesen sammelt, um die Ziele der actio catholica auf neuen Wegen und mit anderen Mitteln weiter zu verfolgen. Dr. Kauff.

## „Weltwirtschaft“

Die Forderung der Autarkie für die deutsche Wirtschaft, die jetzt in der Katastrophe gebieterisch in den Vordergrund zu treten begonnen hat, ist an sich nichts Neues, keine Entdeckung der Nachkriegszeit. Sie wurde vor dem Kriege besonders in landwirtschaftlichen Kreisen, und vom damals mächtigen und raffinierten Bund der Landwirte dauernd erhoben. Wäre der Bund der Landwirte — aus dem bekanntlich der heutige Reichslandbund entstanden ist — nicht politisch reaktionär gewesen, so würde die Forderung der Autarkie, wenigstens auf landwirtschaftlichem Gebiet, unvergleichlich größeren Widerhall in den breiten Volksmassen gefunden haben. Unabhängigkeit vom Ausland hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung und des deutschen Viehstandes, das war die Forderung des Bundes der Landwirte und es hätte die Forderung aller Parteien sein müssen, wie es auch die Forderung der Autoritäten der Armee und Marine war, die begriffen hatten, daß diese Frage im nächsten Kriege eine deutsche Lebensfrage sein würde. Auch der Kaiser vertrat den Standpunkt. Die Frage wurde nicht gelöst, obwohl es dem damaligen Deutschland leicht genug gewesen wäre. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß der Weltkrieg nicht eingetreten wäre, wenn die feindlichen Mächte die Überzeugung gehabt hätten, Deutschland sei nicht auszuheimgern. Der damalige (1914) russische Kriegsminister Suchomlinow äußerte sich kurz vor dem Kriege dahin: in wenigen Monaten würde der deutsche Wolf zu Tode gehen, und in London wie in Paris war man überzeugt, die Hungerperre werde längstens in Jahresfrist ihr Ziel, den deutschen Zusammenbruch, erreicht haben.

Während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege führten die Linke und ein Teil der politischen Mitte einen gehässigen Kampf gegen das Verlangen nach wirtschaftlicher Autarkie. Neben den alten und ewig neuen Agitationschlagern von Brotverteuerung und Fleischverteuerung hörten wir auch damals als Argumente: eine auf wirtschaftliche Autarkie ausgehende Politik und Gesetzgebung sei besonders deshalb so zu verwerfen, weil sie das deutsche Volk hermetisch nach außen abschließen, weil sie den Zeichen der Zeit, der Annäherung der Völker untereinander, dem Verkehr und damit dem gegenseitigen Ausgleich nicht Rechnung tragen wolle. Wenn ein Volk eine derartige, sich isolierende Politik und Wirtschaftspolitik treibe, so fördere es die Gegensätze unter den Nationen, und das Ende muß schließlich der Krieg sein. Man sieht, es sind dieselben Whrasen, die uns auch jetzt seit einigen Wochen wieder begegnen. Nur ist ihre Zahl noch größer geworden. Neben dem gehinderten Fortschritt der Menschheit finden wir die gehinderte Weltkultur, die gehinderte Verständigung der Völker und das betrübte Weltgewissen. Und noch eins: die Heiligkeit jenes Etwas, das man Weltwirtschaft genannt hat:

Das Wort von der Weltwirtschaft ist in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden, als Gegenstück zu dem Schlagwort jener Jahre von der Weltpolitik. Dieses stammt übrigens nicht von Kaiser Wil-

helm, sondern von Bismarck, der sagte: Bis 1866 habe er preussische Politik treiben müssen, bis 1871 deutsche Politik, seitdem müsse Deutschland Weltpolitik treiben. Kaiser Wilhelm der Zweite nahm das Wort auf, verstand es aber anders als der Gründer des Reichs, nämlich etwa im Sinne, daß die deutsche Außenpolitik der politische Hans in allen Gassen zu sein habe. Das Wort: „Weltwirtschaft“ entstand als eine Folge des Erscheinens der deutschen Industrieprodukte auf allen Märkten der Welt. Man sagte: die wirtschaftliche Stellung Deutschlands habe sich seit den sechziger und achtziger Jahren vollkommen geändert, die deutsche Wirtschaft sei in die gesamte Weltwirtschaft nunmehr verflochten. Das war an sich richtig und ebenso an sich eine gesunde Erscheinung, gesund, weil das deutsche Reich in jedem Sinne wirkliche Großmacht war und seine Außenpolitik in keiner Weise eine Schwächung, noch auch eine ungesunde Erscheinung bedeutete.

Heute liegen die Dinge ganz anders. Heute wird die Weltwirtschaft als eine Macht angesehen und der deutschen Bevölkerung vorgeführt, der man nicht allein Rechnung tragen, sondern deren Geboten Deutschland gehorchen müsse. Es ist immer wieder auffallend, wie dem deutschen Michel geheimnisvolle Begriffe gezeugt werden, mit dem Gebot: falle nieder und bete an! Michel tut es ehrsüchtig, ohne ernstlich nach Sinn und Ursprung solcher Wortgebilde zu fragen. Man tut so, als ob Weltwirtschaft ein Ding an sich sei, als ob es „eine Welt“ gäbe, die eine Wirtschaft führe, welche eben die Weltwirtschaft sei. Dieser Weltwirtschaft und ihren geheimnisvollen Gesetzen habe das besiegte, zusammengebrochene Deutschland sich unbedingt zu fügen. Das ist die gleiche Sprache, in der Stresemann von den „ungeschriebenen Gesetzen“ des Handels sprach und diese angeblichen „Gesetze“ ohne weiteres in eine Reihe mit den höchsten ethischen Gesetzen stellte. Ob er das selbst glaubte, und ob er nicht wußte, daß jene ungeschriebenen Gesetze gerade in unserer Zeit von den Weltmächten und ihren Funktionären gegeben werden, heute so, morgen anders, aber immer zum Vorteil der Weltmächte, das bleibe dahingestellt.

Weltwirtschaft! Das sieht so aus, als ob eine Wirtschaftseinheit und Macht: „Welt“ vorhanden wäre, die eine bestimmte Wirtschaft nach bestimmten Gesichtspunkten triebe, und zu der alle einzelnen Staaten in Beziehungen der Unterordnung stehen müßten. Natürlich gibt es weder eine solche Einheit: „Welt“, noch eine solche: „Weltwirtschaft“. Dabei stellt niemand in Abrede, daß der Wirtschafts- und Handelsverkehr zwischen den Völkern, nicht zum wenigsten auch das internationale Kreditwesen, eine gewisse Verflechtung hergestellt haben und bedeuten. Die kritische Frage liegt darin, ob in dieser Verflechtung in dieser „Weltwirtschaft“, der betreffende Staat seinen Schwerpunkt erblickt, oder ob er diesen in seiner Heimatwirtschaft und in seinem heimatischen Geldwesen noch hat. Darauf kommt schließlich alles an, nichts aber auf Bezeichnungen, wie z. B. Weltwirtschaft — wenn man solche Bezeichnungen und Begriffe in ihrem Wesen versteht. Ist

das nicht der Fall, so können sie allerdings gefährlich genug werden.

Das Schlagwort: „Weltwirtschaft“ zu einem annähernd göttliche Verehrung verdienenden Wesen zu erheben, anzuhören, war, selbstverständlich, Sache aller derer, die aus internationaler Verflechtung von Wirtschaft und Handel der einzelnen Völker den größten Gewinn ziehen konnten und wollten. Das ist das internationale Volk dieser Erde: das jüdische Volk. Wir brauchen dafür nicht lange Ableitungen, sondern nur, als ein Beispiel unter unzähligen, an die jüdischen Bankier- und Händlerfamilien zu denken, wie Rothschild oder Warburg u. a. m. Die jüdischen Familien, deren Glieder in den Hauptgeldmittelpunkten der Erde sitzen, hängen nicht nur seit miteinander zusammen, wie das ganze auf die verschiedenen Länder verteilte jüdische Volk, sie machen nicht allein ihre Geschäfte im gegenseitigen Einverständnis und Zusammenarbeit, sondern sie arbeiten auch politisch und wirtschaftspolitisch ganz zielbewußt daraufhin, daß die Wirtschaft der einzelnen Völker möglichst von deren Wänden losgelöst, dem Handel als solchen dienstbar gemacht werde, entgegen der naturgegebenen Ordnung, daß der Handel nur ein Mittel der Wirtschaft eines Volkes ist. Für diese gewinnbringende „Umordnung“ hat das jüdische Volk als seine Basis das von ihm ebenfalls internationalisierte Finanzkapital, und dessen Lage: die internationale Goldwährung. So ist dies Ziel: den Völkern bzw. Staaten ihre Wirtschaftshoheit zu nehmen, und sie in die Hand des internationalen Handels und Finanzkapitals hineinzuschmuggeln. Das Ergebnis wird: die internationale Macht hat den Völkern oder dem betreffenden Volke die Bestimmung über dessen Wirtschaft abgenommen und benutzt sie für sich als melkende Kuh, auf Kosten natürlich der betreffenden Völker. Das Ziel ist vollständig erreicht, wenn das betreffende Volk mit seiner Wirtschaft von der internationalen Geldmacht abhängig ist und von ihr hemmungslos ausgenutzt wird. Die dem Zustand hat sich Deutschland in einer fast ohne Beispiel dastehenden Weise angenähert, annähern lassen. Das Schlagwort: Weltwirtschaft, nirgends in der sogenannten Welt gebräuchlich außer in Deutschland, ist erfunden, um den Deutschen die Augen zu blenden; gut berechnet, denn wenn Michel von „Welt“ hört, so weitet sich ihm das Herz, und er fragt nicht nach Ursprung und Echtheit mehr.

Die deutsche Aufgabe ist, der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Geldwesen wieder den heimischen Boden unter die Füße zu geben. Darauf kommt es an. Mit das von den Juden und Judenissen behauptete „hermetisch sich abschließen wollen“ gegen das Ausland und gegen den Weltverkehr denken die Vertreter des Autarkiegedankens nicht. Das ist nur ein verlogenes Gerede der Juden, welche die ungeheure Tragweite der Frage klar sehen. Ganz abgesehen davon, daß eine allseitig reflex durchgeführte Autarkie Deutschlands schon deshalb unmöglich ist, weil es viele Dinge gibt, die wir brauchen, aber nicht, oder noch nicht, in eigenen Lande hervorbringen können. Auch ist der Verkehr mit seinen immer mächtiger werdenden Mitteln natürlich nicht auszuschalten.

Innerhalb solcher Grenzen aber muß Deutschland mit allen Kräften nicht nur jetzt zu nationaler Selbsthilfe streben, sondern sich wirtschaftlich und geldlich auf eigene Füße stellen, und sich in der Folge so halten. Das ist Bedingung für die Möglichkeit unabhängigen deutschen Daseins überhaupt. Die gegenwärtige Behauptung, daß die Beziehungen der Völker untereinander durch eine nach Lage der Möglichkeit eingeführte autarkische Wirtschaft leiden könnten, ist übrigens reiner Unsinn bzw. eine der Beseitigung des internationalen Kapitalismus dienende, wohlüberlegte Lüge. Die Beziehungen der Nationen untereinander würden, wenn jede oder die meisten von ihnen aus der Goldwährung ausgeschieden wären, nur sehr viel klarer und einfacher werden und gegenseitiger Verbindung einen Damm entgegensetzen, der heute nicht vorhanden ist. Es würde unmöglich sein, wie bisher Gegensätze zu schüren und zu verwickeln, die bisher dem internationalen Kapital seine Geschäfte vorbereitet und gemacht haben.

## Sonnenwende Aus einem Kriegsbuch\*)

„Ja, wir wollens lassen. Wir tun ja den gleichen Dienst. — Aber einmal muß das ausgeht werden, einmal muß das ergründet werden, warum seit tausend Jahren die Frieden so friedlos und die Kriege so sieglos sind. Das muß einmal ausgeht werden, Erich. Und bald. Sie hier die Kirche wieder aufbauen über der Stadt.“ —

Später dann, als schon der Morgenschein am östlichen Himmel stand, ging Hans durch die Trümmer bis hinauf zu der zerstörten Kirche und setzte sich in eines der großen Wogenfenster, bis die Sonne glühend erwachte, die steinernen Wüste mit heimlichem Lichte übergoß, und zwischen irdischem Tod und himmlischer Klarheit die Mitternacht einer freien Seele suchte, die die empfangene Lebensoffenbarung bergen könne vor der kommenden Winternacht, bis zur Stunde der Wiedergeburt. Und diese Sonne lächelte die nachmündlichen Trümmern des deutschen Menschen mit einem neuen Evangelium wach. — Da kamen zwei fremde Gestalten den

(Schluß)

Hügel herauf durch die Trümmer. Der eine im  
Ritterfeld, der andere in der Stute.

„Hier stand beim Raubschloß, Ritter Göt.“

„Und dein Koffer, Bruder Martin?“

„Nun liegt alles wieder in Trümmern wie  
damals.“

„Nun brauchen Sie uns wieder wie damals,  
Friedrich, kühn zu fragen.“

Da sah der Ritter den Ritter mit einem  
langen roten Mantel in die Hände, und fragte  
leiser:

„Die schwarzen Scharen des Aufstehers wer-  
den wieder zurückgehen, wenn geistliche und  
weltliche Despoten, weil man die Zwangsburgen  
verworfen hat, wird die Gelnche-  
le, wieder führen, Ritter Göt?“

„Ja, immer wieder. Und du?“

„Ich will an diesem Tag der Sonnenwende

die Trümmer von dem Hügel schaffen, und bei-  
nen schwarzen Scharen ein neues Heiligtum  
bauen, damit sie eine Heimat haben, und ich  
sich nicht wieder verlassen muß.“

„Und welchem Gottesnamen weihst du das  
Heiligtum?“

„Dem Gott des Verdens, dem Gott in Was-  
sen, der Kämpfer Will und freie trotzig Gewis-  
sen, wie er Sie uns gegeben hat, und unersch-  
tlichen; denn hier brannten einst Sonnenan-  
schein zu Ehren eines Kampfes Gottes, der  
in der Hochzeit des Kampfes sich Heidenherzen  
anvertraute, damit sie ihn zur Winternacht  
dann aus der Hölle der Unterirdischen erlösen  
konnten.“

Da zuckte ein Lächeln um des Ritters Mund.  
„Und die Sonne, Bruder Martin? Die  
Sonne vom Erlöser?“

## Frauenarbeit am Staat

Der Reichswart erhält die folgende Zuschrift:

Es ist eine Tatsache, daß die politische Tätig-  
keit der Frau heute in einer Krise steht; vieler-  
orts wird, verdeckt und offen, um das Sein oder  
Nichtsein politischer Frauenarbeit gekämpft. Der  
Ausbruch der Krise ist nur ein Zeichen für  
lange vorhandene Krankheitsmerkmale, er ist ein  
Zeichen dafür, daß kleine und halbe Mittel  
nicht mehr helfen, sondern nur noch ehrliche  
Prüfung und grundsätzliche Reifung. Die Lage  
ist umso ernster, als die Opposition gegen poli-  
tische Frauenarbeit überhaupt nicht von der alten  
liberalistischen Richtung, sondern von der neuen nati-  
onalistischen Richtung ausgeht; gerade hier wird  
die Politik sehr häufig als Aufgabe für die  
Frau betrachtet, deren Gehalt am besten durch  
einen hohen Stellenwert quer vom Eingang zu  
bannen ist.

Sicher spielt bei dieser Einstellung die heu-  
tige politische Lage als wichtiger Faktor hin-  
ein. Man hat die berechtigte Eile davon,  
die Frauen in die vergrößerte Welt der heutigen  
Tagepolitik zu ziehen, man weiß, daß es nicht  
Aufgabe und Amt der Frau ist, die zur-  
rückarbeiten eines verfallenen Systems zu  
leisten. Der eigentliche Grund dieser Ablehnung  
liegt jedoch tiefer: er ist darin zu suchen, daß  
die bisherige politische Arbeit der Frau, soweit  
andere eigene Erfahrung sie umfaßt, aufs ge-  
ste mit der liberalistischen Geisteshaltung ver-  
bunden ist und vom Kampf gegen diese un-  
wichtig mitgeritten wird. Die meisten und am  
stärksten im Vordergrund stehenden politischen  
Frauen waren Schrittmacher des international-  
pazifistischen Geistes, sie verkündeten die Hal-  
tung als die dem Wesen der Frau gemäße und  
angepasste. Das sind Tatsachen, die beachtet  
werden müssen, will man jene Strömung ver-  
stehen, die nach grundsätzlicher Umschichtung  
weiblicher Politik strebt, die im Männerbund  
und in ihm allein die Keimzelle des künftigen  
Staates sieht. Man kann sich zu diesen Theorien  
verhalten wie man will; ganz sicher steht da-  
hinter ein unbewußter, von allen hellen und  
dunklen Tönen des Geistes getragener  
Wille zum starken Staat. Wir werden diese  
Veränderung des Einflusses brauchen, um das  
Steuer erst einmal herumzujagen, um den  
Ragen des Staates am Abgrund vorbei in  
eine neue Bahn herüberzuheben.

Diese Zeit, die als Spanne wahrscheinlich  
lang sein wird, scheint mit der politischen Tä-

tigkeit der Frau nicht, oder nur mittelbar zu  
beziehen. Erst wenn es an den Aufbau geht,  
wird diese Frage in das Stadium des Lösungs-  
werden müssen treten. Denn die Lebens-  
notwendigkeit des neuen Staates ist die innere  
Aufnahme des ganzen Volkes; ohne eine  
breite Basis ist dieser Staat verloren.

Es ist schwer, über die Formen dieses  
Staates heute irgend etwas anzujagen, die  
großen Linien seines Wesens jedoch sind be-  
reits vorgezeichnet. Die herrschende Idee des  
künftigen Staates wird nicht die liberale, son-  
dern die organische sein. Nicht die „Gleichheit  
alles Dasein, was Menschenhand trägt“, wird  
das brüchige Fundament des Staates  
sein, sondern der Gedanke der geistlichen  
Vielfältigkeit, der Verantwortlichkeit alles ge-  
funden Lebens wird in das zukünftige Staats-  
gebäude als fester Grundstein hineingemauert  
werden.

Damit kommt das Problem der politischen  
Frauenarbeit ganz von selbst in die Notwendig-  
keit, von einem neuen Standpunkt angefaßt zu  
werden, es rückt in den Vordergrund der organi-  
schen Welt und Lebensweise. Der Ausgangs-  
punkt kann nicht mehr die liberale Rechnung;  
„Mann gleich Mensch, Frau gleich Mensch, ergo  
wir können das gleiche“ sein, sondern die Frage:  
Gibt es für uns die Möglichkeit erteiliger  
politischer Arbeit, können aus dem Re-  
ferenzentrum der Frau empfindbare  
Kräfte fruchtbar gemacht werden für das Le-  
ben des Staates?

Um diese Frage zu beantworten muß man  
sich klar darüber sein, daß diese Fruchtbar-  
machung nicht unbedingt auf dem Wege über  
das Wahlrecht erfolgen muß. Die Erteilung des  
Wahlrechtes hat an sich wenig dazu beigetragen,  
ein besseres Verhältnis der Frauen zum Staat  
zu erzielen. Im allgemeinen ist das demo-  
kratisch-parlamentarische System auf wenig  
Gegensätze bei der Masse der weiblichen Wäh-  
ler gestossen. Der Grund für diese Tatsache ist  
wohl darin zu suchen, daß der Staat der letzten  
Jahre immer abstrakter wurde, daß nichts ge-  
schäftsmäßig zu Erfassendes, keine Anschauung,  
kein Symbol den Laien mit dem Staat ver-  
band. Wo früher die Person des Herrschers als  
Krisisfallern staatlichen Zugehörigkeitsgeföhls  
wirkte, brachte die Demokratie ein Chaos von  
wechselnden, meist unverständlichen Begriffen.  
Man hörte von Aktien und papieren Bilanzen,  
von Krediten und Monopolen, von Koalitionen

und Opposition, — heute hatte der recht und  
morgen jener, — und die Politik war ein un-  
übersehbliches und mitunter dumpfiges Gefände,  
auf das man sich lieber nicht hinausbegab.

Die Passivität der meisten Frauen in der  
Politik der letzten Jahre ist oft beklagt worden;  
im Grunde war es gesunder Instinkt, der dem  
Staat von 1918, diesem intellektuellstischen, le-  
bensfremden und verzweifeltsten Gebilde die  
innere Gefolgschaft verweigerte. Das politische  
Interesse der Frau wird nur dort wach und  
regere werden, wo eine tiefere Seite ihres We-  
sens zum Klingen gebracht worden ist. Dies ist  
der Grund für die oft bemerkte und selten be-  
griffene Tatsache, daß heute viele Frauen der  
jungen Generation mit heißer Freude und  
ganzer Hingabe in der Bewegung des Nati-  
onalismus stehen. Denn hier ist die geheime  
Mitte aller Politik, der große Mythos das  
Volk, das Volk als ewiger Strom des Blutes,  
in den du und ich hineinsteigt, als leucht-  
ende, unergänzliche Seite der Geschlechter  
und Generationen. Und „Staat“ ist nicht  
Tatsache, nicht Abstraktion, nicht das leere  
Fiktive, nichts Abstraktes, sondern, das ist seine  
Tiefe, die Wirklichkeit des Volkes, das das Leben,  
dem Volk und dessen Kindern den Platz an der  
Sonne zu sichern und damit die Auswirkungsmö-  
glichkeit des eigenen Artgesetzes.

Dieses Blutwissen, das heute hier und dort in  
jungen, wachen Frauenwecken aufgestanden ist,  
muß — das ist unter Umständen Wert!

überbrücken auf die Gegenwart. Es ist nicht  
wichtig, daß die Masse der Frauen an der Ver-  
waltung des Staates teilnimmt — dies Ziel  
ist ein Traum und nicht einmal ein schöner —  
es ist jedoch unbedingt notwendig, daß die  
Frau mit ihrem Lebensgefühl, mit ihrer Seele  
im Volk verweilt. Das Ringende und kämp-  
fende Deutschland der nächsten Jahrzehnte  
braucht die unbedingte Geschlossenheit seiner  
politischen Willensbildung; was der Kopf aus-  
sendet, muß in den letzten Neuzentren nach  
ausgenommen und bejaht werden. Die wichtige  
Rolle der Frauen in diesem Prozeß kann nur  
angebeutet werden: Ohne hinwoll geleitete  
Hauswirtschaften ist eine gesunde Volkswirt-  
schaft undenkbar; die harten Gegensätze der  
Klassen werden nie im Sinne eines neuen  
Sozialismus überwunden werden, solange die  
Körper der „armen Frau“ nicht zu Erde  
getragen ist. „Armen Frau“ ist nicht zu Er-  
zieherin zum Volk bedeutet, weiß jeder, dem  
das Erleben durch die eigene Mutter vermit-  
telt wurde. Es ist vollkommen falsch, diese Art  
der Betätigung ihrer Verantwortlichkeit halber  
für zweitrangig zu halten, sie ist die unerläß-  
liche Voraussetzung aller politischen Arbeit im  
engeren Sinne. Ohne das stille Wirken der  
„namenlosen“ Frauen eines Volkes ist alle  
Arbeit der Führerinnen dazu verurteilt, ohne  
innere Gefolgschaft zu sein.

Das organische Denken der künftigen Zeit  
wird aufhören, nach dem Abstrakten „die  
Frau“ zu forschen und alle weiblichen Wesen  
der Welt über einen Normallamm zu führen.  
Denn das Wort „Frauentum“ umfaßt eine un-  
gemein gegliederte Vielfältigkeit, eine reiche  
Stellung menschlicher Möglichkeiten, die durch  
Verschiedenheiten der Rasse, der Weite des  
Blutes, der Spannkraft der Seele bedingt sind.  
Daraus ergibt sich die Forderung von selbst,  
daß auch die politischen Pflichten und Rechte  
der Frau in sich gegliedert und abgestuft sein  
müssen. Die eigentliche politische Arbeit wird  
immer nur von einer Auslese geleistet werden.

Doch, ganz gleich, wie diese Arbeit beschaffen  
ist, als wichtigste Forderung wird über ihr

stehen, daß sie nie die Verbindung mit dem  
Volk verliert. Nur dann können jene starken  
Kräfte der Mutterlichkeit, die die Not unseres  
Volkes immer wieder über den Kreis der  
Familie hinausdrängen über, fruchtbar gemacht  
werden für das staatliche Leben. In dieser  
Mutterlichkeit, dieser sorgenden auf heißem  
Herzen getragenen Verantwortlichkeit für das  
Leben des Volkes, liegt eine der unerschöpf-  
lichen Triebe, die weiblicher politischer Arbeit;  
wo sie nicht, überwuchert das Mechanisch-Organi-  
satorische, die große Gefahr über unserm  
Volk!

Die politische Frauenarbeit der nächsten Jahr-  
zehnte wird um diese Dinge wissen. Sie wird  
ihre reichste Wirkungsmöglichkeit nach am  
Vollen, an der Erde suchen und finden, in einem  
Kreis, an den die einzelnen persönlichste Ver-  
pflichtung bindet. Ihr Zentrum wird deshalb  
die Gemeinde und die Gemeindevertretung  
sein; hier wird das politische Schaffen der  
Frau seinen eigentlichen und ausgedehnten  
Wirkungsbereich haben. Die Wichtigkeit dieser Auf-  
gabe, ihre Bedeutung als ständige Verbindung  
von Volk und Staat ist kaum zu überschätzen.  
Es ist unbedingt notwendig, an diesen Stellen  
Erfahrungen zu sammeln, Tradition zu schaf-  
fen, mit letzter Ehrlichkeit nach weiblichen Ge-  
staltungsmöglichkeiten in der Politik des Sta-  
tes zu suchen.

Das eigentliche Feld dieser Arbeit wird  
natürlich die Kultur- und Sozialpolitik sein.  
Damit laucht die Frage in den Blickkreis, ob  
die politische Arbeit der Frau sich auch auf die  
„große“, besonders die Außenpolitik erstrecken  
soll. Es muß unbedingt eingesehen und zuge-  
standen werden, daß nur wenige Frauen in die-  
sem Kreis ihre Aufgabe finden werden, eine  
Aufgabe, die, richtig verstanden, für das Volks-  
ganze von entscheidender Bedeutung ist. Denn  
der Wert einer Leistung liegt nicht in ihrem  
Umfang, sondern in ihrer Tiefe. Vielleicht ist  
das ausgeübte Amt als solches von sekundärer  
Bedeutung; entscheidend ist nur, daß an ihm  
die ganze Spannung der politischen Aufgaben  
erlebt und durchgehalten wird. Das deutliche  
Land der nächsten Jahrzehnte, das langsam auf-  
steht, wird immer wieder den schweren Konflikt  
zwischen idealem Willen und den harten realen  
Gegebenheiten besonders der heutigen Politik  
erleben. Alles hängt davon ab, daß dieser Kon-  
flikt nicht einseitig entschieden wird, weder zu-  
gunsten einer weltfremden Ideologie, noch eines  
unreifen Machtwortens, sondern überwun-  
den wird in einer spannungsreichen Mitte, die  
immer wieder ausgerichtet werden muß. Hier  
liegt die tiefste politische Aufgabe der Frau,  
eine im letzten Wortsinne religiöse, waches und  
mahndes Gewissen zu sein. Es ist unser heil-  
ligstes Amt, dem Mann in der Politik zu heil-  
igen, den tragischen Konflikt seines Wertes  
durchzuhalten, und sei es in einer von tiefer  
Verantwortung getragenen Bereitschaft zum  
Schuldigerwerden. Wir müssen es lernen, die  
Eigengesetzlichkeit der Politik voll zu bejahen,  
und doch um ihr Eingegliedertsein in einem  
Höheren zu wissen. Denn nur dann wird unter  
Volk wieder werden, was es war, „heiliges  
Herz der Völker“, wenn es um all seine Le-  
bensgebiete die großen, sinngebenden Kreise des  
Ewigen zieht. India Gottschewski.

Verantwortlich für den Inhalt und Anzeigen: Graf  
Hoyer zu Neventlow, Berlin, Verlag: „Der Reichswart“  
Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 68, Friedrichstraße  
42, 2. Tr., Dönhofs 280. Druck: E. S. S. G. m. b. H., Berlin

**Bücher für Nationalsozialisten:**

Walter	11.-
Walter, „Mein Kampf“, Volkswirtschaftliche	8.-
Walter, „Mantelstücke des deutschen Volkes“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-
Walter, „Revolutions des Nationalismus“	11.-

Sowie sämtliche Bücher und Schriften des National-  
sozialismus und bewährten Deutschland.

Zu beziehen durch: „Der Reichswart“ Verlagsges.  
m. b. H., Berlin SW 68 / Friedrichstraße 42  
Postcheckkonto: Berlin Nr. 887 11

**Kauft**  
nicht in  
jüdischen  
Geschäften

Ein Film, bei dem  
man kaum zu at-  
men wagt.  
Nachtausgabe  
Ein stärker Pre-  
mierenerfolg ...  
spannend bis zum  
letzten Abblenden.  
8 Uhr-Abendblatt

**WILLY FRITSCH BRIGITTE HELM**

Im  
**Geheimdienst**

Oskar Homolka  
Karl Ludwig Diehl  
Theodor Loos  
Friedrich Kaybier  
Blanch-Rabinowitsch  
Produktion der Ufa  
Manuskript: Walter Reichsch  
Regie: Gustav Ucicky

Wochentags: 700 915  
Sonnab., Sonntag: 415 700 915

**UFA-PALASTAMZOO**

Bitte ausschneiden! Bitte ausschneiden!

**Bestellschein**

An das Postamt Hier

Hiermit bestelle ich die Wochenschrift

**„Reichswart“**

Herausgeber: Graf E. Reventlow / Erscheinungsort Berlin

**Ausgabebetrag Freitag**

Wochenschrift 3.— RM. Monatlich 1.— RM. / Ab 1. lautend

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Deutlich ausfüllen und dem Briefträger mitgeben oder unfrankiert  
in den nächsten Briefkasten werfen oder beim Postamt bestellen.

Dr. Weiß  
**Asthma-  
Kurhaus**  
Berlin-Südende

Das neue Buch des  
Grafen E. zu Reventlow

**Deutscher  
Sozialismus**

Das Buch gibt Geschichte, Theorie  
und Wesen des Sozialismus,  
welche die Lage der Gegenwart mit  
ihren Schäden und Forderungen in  
neuer Weise für die deutsche  
Zukunft. Gebunden 4.— RM., ge-  
bunden 6.50 RM. Bei Vorbe-  
stimmung des Betrages portofrei.

Zu beziehen durch die Buchverlag-  
gesellschaft des „Reichswart“,  
Berlin SW 68, Friedrichstraße 42

**Nationaler Reise- und Verkehrsdienst**

Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9 im Hotel Prinz Albrecht  
Nähe Potsdamer Platz / Fernruf B 1 Sturjurs 22 73

**Zur Weinlese 12 Tage an den Rhein!**  
Von Frankfurt a. M. bis Köln mit herrlichen Dampferfahrten für RM. 119,-  
einschl. Bahnfahrt ab u. bis Berlin, Unterkunft, volle Verpfle-  
gung, Besichtigung der schönsten Stellen und Dampferfahrten / **Abfahrt bis auf weiteres  
jeden Sonntag Abend**

1. Tag: Abfahrt Berlin Bahnhof Friedrichstraße (Abends)
2. Tag: Morgens Ankunft in Frankfurt/AM, Besichtigung  
der Stadt, insbesondere Domer mit Kaffeehaus,  
Katholisches Museum, Dom und Altstadt mit  
Neue Wache
3. Tag: Fahrt nach Mainz, Besichtigung der Sehens-  
würdigkeiten und Weiterfahrt nach Bingen
4. Tag: Bingen und Umgebung, Scharlachberg, Rheins-  
berg usw.
5. Tag: Fahrt durch das Rheintal nach Bad Kreuznach,  
Bad Münster, Ehrenfels und Rheingrafenstein  
(die schönsten Punkte an der Nahe)
6. Tag: Dampferfahrt nach Koblenz, Spatzersausgang zum  
Rheinturm, demmal Name Ehrenfels, Rheinturm,  
Koblenz, Post, Rhein, usw.
7. Tag: Ausflug nach dem Binger Wald, Sehenswürdig-  
keiten, Schloss Ehrenfels, Auerhaus, Reichsburg  
der Wankelkellerer und Entnahme von Wratte-  
Koblenz, Rheingrafenstein
8. Tag: Dampferfahrt auf dem Rhein ins Rheinland,  
St. Goar, Braunbad, Stolzenfels, Koblenz, Be-  
sichtigung der Stadt Deutsches Eck Ehren-  
fels usw.
9. Tag: Dampferfahrt durch das herrliche Moseltal nach  
Cochem, Burg Cochem
10. Tag: Fahrt rechts des Rheins bis Ronsdorf, Kloster  
Heinrichs, Dommilch, Fahrt über den Drahen-  
fels nach Ronsdorf und Fahrt mit der  
Rheinfahrtbahn über Bonn nach Köln
11. Tag: Besichtigung der Sehenswürdigkeiten des  
Rheinischen Landes und der Stadt Köln
12. Tag: Morgens Ankunft in Berlin

Fordern Sie bitte kostenlos ausführliche Prospekte unter Berufung auf diese Ankündigung an